



Stettiner

Beitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 8. Dezember 1887.

Nr. 573.

Deutschland.

Berlin, 7. Dezember. Der Kaiser verblieb während der gestrigen Abendstunden im Arbeitszimmer des königlichen Palais. Beide kaiserlichen Majestäten sahen darauf den Prinzen Ludwig von Bayern bei sich zum Thee. Am heutigen Vormittag ließ Se. Majestät vom Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Pevsner sich Vortrag halten, arbeitete darauf längere Zeit mit dem Chef des Zivilkabinetts, Wissl. Ges. Rath v. Wilmowski, und empfing den Generalleutnant a. D. v. Ranck und einige andere Militärs. Nachmittags hatte der Kaiser eine längere Konferenz mit dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Grafen Herbert Bismarck. Zum Diner waren heute keine Einladungen ergangen.

Der Großherzog und die Großherzogin von Baden werden morgen Vormittag 10 Uhr 53 Minuten nebst Gefolge aus Karlsruhe zum Besuch in Berlin eintreffen und im königlichen Palais während ihres Aufenthaltes in Berlin Wohnung nehmen.

Die Kornzoll-Kommission setzte heute um 10 Uhr ihre Berathungen fort. Nach einer kurzen Diskussion über die Zölle für Buchweizen und Hülsenfrüchte wird der Antrag Dr. v. Dörr, dass Zoll für Buchweizen auf 4 Mark zu erhöhen, dann aber auch die Bestimmung der Vorlage, die 2 Mark vorschlägt, mit 14 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Die Zollerhöhung für Hülsenfrüchte, nach dem Antrag Dr. 4 Mark, nach der Vorlage 2 Mark, wird mit 16 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Sodann befürwortete der Abg. v. Dr. die Erhöhung des Gerstenzolls auf 3 Mark im Interesse der kleinen Landwirthe. Baterlicher Regierungskommissar v. Stengel erklärte stets gegen die Erhöhung auf 3 Mark; er befürchtete, daß die Exportbrauerei, die auf die seines Gerste des Auslandes angewiesen sei, unter einem so hohen Zoll leiden würde, die Landwirtschaft würde zum Mindesten keinen Nutzen davon haben. Abg. Brömel weiß v. Dr. gegenüber auf die Petitionen des württembergischen Brauerbundes hin, nach welchen gerade die kleinen und mittleren Brauereien durch die Erhöhung des Gerstenzolls geschädigt werden würden. Freiherr v. Dr. findet es auffällig, daß der baterische Regierungskommissar einen Gerstenzoll von 3 Mark als einen übermäßigen Schutz zoll bezeichnete, während doch für Weizen und Roggen in der Vorlage ganz

exorbitante Schutzzölle enthalten seien. Wenn der Zoll die Gerste verheuere, so müsse man dieselbe Wirkung doch auch für Weizen und Roggen zugestehen.

v. Karvoff erklärt, er werde nach der gestrigen Abstimmung nunmehr gegen Alles stimmen, seine definitive Abstimmung behalte er sich für später vor. Windhorst erwähnt Herrn v. Karvoff: Wenn es den Herren vom Landwirtschaftsrath hier nicht so glatt und nach Wunsch gehe, so dürften sie doch nicht erklären: wir spielen nicht mehr mit. v. Karvoff wahrt demgegenüber seinen Standpunkt. Die Zollerhöhungen bildeten ein Garzes, und nachdem sie für Roggen und Weizen abgelehnt seien, enthalte er sich. Lohren will sich ebenso nicht weiter an der Abstimmung beteiligen. Kärtner bemerkte, daß nach den abgegebenen Erklärungen der Schützlinerschen Herren auch die anderen Mitglieder kein Interesse mehr an einer eingehenden sachlichen Diskussion haben, man müsse seine Kräfte für die zweite Lesung sparen.

Hierauf wurde sowohl der Antrag Dr. (Gerstenzoll von 3 Mark) wie die Vorlage (Gerstenzoll von 2 Mark) mit sieben Stimmen abgelehnt.

Darauf wird zur Debatte gestellt, die Zollerhöhung für Raps auf 3 Mk., zusammen mit den in der Vorlage enthaltenen Zöllen für Del. Brömel, und von Fregen berichten über die eingegangenen Petitionen. Die Normierung des Raps- und Rübsaat-Zolles auf 3 Mark wurde mit 13 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Eine weitere Abstimmung über die ferneren Positionen des S. I., Mais und Dari, Maisc. wurde für überflüssig erachtet, so lange nicht ein Resultat bezüglich der Zollsätze für die hauptsächlichen Getreidesorten erzielt sein würde. Die Kommission ging deshalb zur Berathung des Antrages Hammacher auf Auhebung des Identitätsnachweises über. Abg. Hammacher legte in ausführlichem Vortrage die Gründe dar, welche die Befreiung des Identitätsnachweises empfehlen und daß die Befreiung für die Landwirtschaft ebenso wie für den Handel und die Mühlenindustrie von Vorteil sein würde, der ersten aber mehr Nutzen verspreche, als aus einer Erhöhung der Kornzölle erwartet werden könnte. Der Kommissar des Bundesraths, Geh. Rath Kraut, erwiderte, daß die verbündeten Regierungen dem

Antrage auf Befreiung des Identitätsnachweises vorläufig entschieden ablehnend gegenüberstanden. Er berufe sich auf die bestalligen Kundgebungen des Landwirtschaftsministers Dr. Lucius, welcher erklärt hätte, daß die Frage noch nicht spruchreif sei, und daß bei der Auhebung des Identitätsnachweises zunächst die Nachtheile mindestens ebenso groß sein würden, wie die Vorteile. Hier nach vertrug die Kommission die weitere Erörterung des Antrages zur nächsten Sitzung, welche in Rücksicht auf den morgigen katholischen Festtag auf Freitag anberaumt wurde.

Der Prinz Ludwig von Bayern, welcher sich gestern Vormittag zur Fasanen-Jagd beim Entenfang von hier nach Potsdam begeben hatte, kehrte Abends nach Berlin zurück. Heute Vormittag begab sich Prinz Ludwig, begleitet von seinem persönlichen Adjutanten, dem Major Freiherrn von Niedheim, in einer vierköpfigen Hof-equipage von hier nach Spandau, um die dortigen militärischen Einrichtungen in Augenschein zu nehmen und die Schießschule &c. zu besichtigen.

Nachmittags kehrte der Prinz auf demselben Wege wieder von Spandau nach Berlin zurück und folgte dann einer Einladung des Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen zum Diner nach dem Stadtschloss zu Charlottenburg. — Morgen Vormittag wird Prinz Ludwig in der Spandauer Stadtforst sich an einer Jagd beschäftigen, welche von dem Prinzen Wilhelm abgehalten werden wird und zu der auch der königlich bayerische Gesandte Graf v. Lerchenfeld-Römer und mehrere andere hochgestellte Personen geladen sind. Nach der Rückkehr von Spandau wird dann der Prinz einer Einladung der königlichen Majestäten zum Diner nach dem königlichen Palais folgen und, soweit bis jetzt bekannt, am Abend von hier mit seiner Begleitung nach München zurückkehren.

In der Budgetkommission des Reichstages gab heute bei Berathung des Etats des Auswärtigen Antes der Staatssekretär Graf Herbert Bismarck eine ausführliche Begründung der bei den Gesandtschaften in Bangkok, Buenos-Ayres, Paris, St. Petersburg, Teheran, den Consulaten in Barcelona, London, Buenos-Ayres, Rom, Madrid, Moekau, Petersburg, Sansibar, Liverpool und Triest eingestellten Mehrforderungen zur Erhöhung der Beamtengehalte, welche Theils, wie bei Bangkok, Barcelona und Sansibar,

bar, durch die gestiegene Bedeutung dieser Stellen und den damit verbundenen größeren Geschäftsumfang, thills durch die Theuerungsverhältnisse in den genannten Orten motivirt sind. Die weitergehenden Mitteilungen des Staatssekretärs über Handels- und sonstige Verhältnisse wurden als vertrauliche bezeichnet und entzichen sich der Mittheilung. Bei der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben in den afrikanischen Schutzgebieten, welche in dem diesjährigen Etat gemäß einer bei dem vorjährigen Budget gefassten Resolution zum ersten Male erscheint, wurde von einem Mitgliede der Kommission die Frage angeregt, ob nicht die Einnahmen aus den Schutzgebieten als Reicheinnahmen in den Etat eingestellt wären. Die Kommission ging aber auf diese Anregung nicht ein, da dieselbe mit der zur Zeit noch offenen Frage des staatsrechtlichen Verhältnisses der Schutzgebiete zum Reiche in Verbindung stehe. — Der Etat wurde von der Kommission nach der Vorlage erledigt.

Das neue Landwehr- und Landsturmgesetz soll nicht nur eine Ausdehnung der Dienstpflicht, sondern auch eine theilweise veränderte Organisation vorschlagen, um die Bereitschaft der Mannschaften zu erhöhen, ihre Einberufung und Ausrüstung zu erleichtern. Zu letzterem Zwecke sollen ständige Magazine mit den nötigen Ausrüstungsstücken eingerichtet werden. Die jetzt nur dem Kaiser zustehende Befugnis zur Einberufung des Landsturmes soll auf die kommandirenden Generäle, aber zunächst nur für die an der Ost- und Westgrenze aufgestellten Corps, übertragen werden.

In der Provinz Posen ist auf dem Gebiete der Germanistruung durch die Schule ein neuer erheblicher Fortschritt zu verzeichnen. Erzbischof Döder hat an die katholischen Religionslehrer der höheren Lehranstalten ein Rundschreiben gerichtet, in welchem daran erinnert wird, daß der frühere Erzbischof Ledochowski die Lehrer angewiesen hatte, nur in der Sekunda und Prima den Religionsunterricht in der deutschen Sprache zu ertheilen, dagegen in den unteren Klassen bis Tertia einschließlich die Schüler je nach ihrer Muttersprache, die deutschen in deutscher Sprache, die polnischen in polnischer Sprache zu unterrichten. Das hatte nach fruchtlosen Verhandlungen zwischen Erzbischof und Provinzial-Schul-Kollegium dahin geführt, daß schließlich, mit Aus-

sam dampften die drei schwimmenden Riesen in gleichmäßigen Abständen hinter einander, schwenkten dann rechts ein und kamen der Küste näher und näher. Die paar Dutzend Boote, die ihnen entgegen gefahren waren, tangten um sie herum, und schon sah man, wie die Insassen die Hände schwenkten und die heimischen Kriegsschiffe jubelnd begrüßten. Und nun wurde es auch auf den Schiffen selbst lebendig: langsam und majestatisch flogen die Flaggen empor, einem Augenblick boten die Raaten ein scheinbar regelloses Chaos, ein Kreißer und Geläute entstand — aber im Nu lag Alles wieder in ernster Ruhe. Die Matrosen waren in die Raaten hinaufgeklettert und hatten dort Parade-Aufstellung genommen; der Wind wehte über's Meer abgerissne Akkorde des "Heil Dir im Siegerkreuz" zu uns herüber — dann ward's wieder für einen Augenblick still und lautlos. Und nun — es war wenige Minuten vor zwölf — lagen die Schiffe genau auf der Höhe der Villa Bixio, auf deren Giebel im selben Augenblick die deutsche Kriegssflagge emporstieg, während auf dem Mast des gegenüberliegenden Hotels Mediterraneo die schwarz weiß-rothe Tricolore emporrauschte. Zugleich erklang vom "Adalbert" der erste dumpfe Kanonenschlag, ein donnerndes Echo in den Bergen erwidert; ein zweiter, dritter folgte, und immer laute hallte das Echo nach, bis endlich nach dem einundzwanzigsten Schuss der weiße Rauch sich verzog und die Korvette in schnellerem Tempo an dem erlauchten Kaiserjähne vorüberfuhr. Der "Moltke" rückte alsbald an die Stelle des "Adalbert" und aufs Neue gaben die Berge das Echo wieder. Da zwischen klang immer deutlicher das "Heil Dir im Siegerkreuz" und das "Ich bin ein Preuß" aus dem Goethe'schen Preußenmarsch, wir hörten das Hureh der in den Raaten parativen Matrosen und antworteten durch hellen Zuruf, durch Hakenkreisen und Wehen der Tücher. Das heißt Hoffmann und ist ein Bemannarbeiter aus

Breslau. Noch vor drei Wochen hatte er in Manze gearbeitet und im vorigen Gasthause gewohnt. In letzterem half er bisweilen bei der Bedienung der Gäste. Er soll zuletzt als Arbeiter bei dem Kirchenbau zu Riesersdorf beschäftigt gewesen sein, aber am Donnerstag die Arbeit eingestellt haben. Am Freitag Abend ist er in das Gasthaus zu Manze wiedergekommen mit der Bitte, ihm Nachquartier zu gewähren, was ihm auch zugesagt wurde. Darauf hatte er sich wieder entfernt. Um 12 Uhr Nachts kehrte er zurück und begab sich in die unterste Stube, wo die Tochter der Gräbner'schen Eheleute schon schlief; auch der Gastwirth Gräbner war schon in einer andern Stube zu Bett gegangen. Als sich Frau Gräbner in die obere Stube begeben hatte, um dem Hoffmann das Bett zurecht zu machen, erschlug er die schlafende Tochter mit einem Beil. Auf den Hulseruf der Unglücklichen eilte die Mutter, die oben den Schrei hörte, hinab; im Hausschlaf stürzte sie der Mörder aber schon entgegen und schlug sie mit dem Beil nieder. Hierauf begab sich der Unhold in die Kammer, wo Gräbner, der von dem Geräusch erwacht war, eben aus dem Bett sprangen wollte. In diesem Augenblick erhielt er einen Beilhieb an den Kopf in der Nähe des Ohres. Der aufs Schwerste verletzte Mann sieht auch dem sterblichen Tod entgegen. Allem Anschein nach müssen die beiden Eheleute mit dem Mörder festgestellt werden. Das mit Blut bedeckte Bett wurde am Thatorte aufgefunden. Die offenstehenden Schubladen und das herumgestreute Geld zeugen für den beabsichtigten Raub. Mehrere Hundert Mark baares Geld hat der Mörder mitgenommen.

Strehlen, 5. Dezember. In dem nahen Dorfe Manze ist in der Nacht zum 3. d. Ms. ein dreifacher Raubmord verübt worden. Die 17 Jahre alte Tochter des Gastwirths Gräbner wurde durch einen Stich in die Brust und durch einen Beilhieb, welcher den Kopf getroffen hatte, getötet; Gastwirth Gräbner und dessen Ehefrau wurden lebensgefährlich verwundet. Die letzteren beiden wurden gestern Nachmittag in das hierige Krankenhaus gebracht. Durch den Chausseewärter zu Manze wurde gestern früh die Mordthat entdeckt. Derselbe begab sich in das Gasthaus, um sich Getränke verabreichen zu lassen, und fand zunächst im Hausschlaf die Frau Gräbner blutüberströmt vor, welche bestummunglos dalag. In der Wohnstube fand er den Gastwirth Gräbner schrecklich verstümmelt auf der Diele vor, während die Tochter mit zerstochtem Kopf im Bett lag. Auf der Diele war Geld herumgestreut, und ist demnach ein Raubmord anzunehmen. Heute Nachmittag ist Frau Gräbner im Krankenhouse verschieden. Dieselbe hatte noch soviel Besinnung, um den Mörder bezeichnen zu können. Derselbe heißt Hoffmann und ist ein Bemannarbeiter aus

Feuilleton.

Das deutsche Geschwader vor San Remo.

Aus San Remo, 1. Dezember wird der "Magdeb. Blg." geschrieben:

Noch gestern Abend in später Stunde hatte sich in ganz San Remo die Nachricht verbreitet, daß heute Mittag das deutsche Mittelmeer-Geschwader die hiesige Küste passiere und den deutschen Kronprinzen durch Salutschüsse begrüßen werde. Und so war es denn heute schon zu früher Stunde auf dem Molo lebendig geworden: alle Angehörigen des Reichs, Herren und Damen, hatten sich hier eingefunden. Eine ganze Flottille kleiner Boote, mit deutschen Gästen besetzt, war schon früh in die See hinausfahren und ließen sich nun auf den Wellen wiegen und schaukeln. Es war ein buntes, anmutiges Bild, das hier auf dem Molo sich darbot. Mit den Gläsern lugten Männerlein und Fräulein emsig gegen Osten, nach dem von einem bläulichen Nebelschleier verhüllten Kap Verde; die Seehälften von Helgoland, Swinemünde und Heringendorf ließen ihr Licht leuchten und warfen mit technischen Ausdrücken, wie Fackel, Ballon, Backbord und ähnlichen schönen Dingen nur so um sich; Alle aber empfanden ein solzes Frohgefühl in dem Gedanken, wie heutiger Tages die junge, deutsche Marine, wassergewaltig und Meppel bestechend, allenhalben die Macht und das Ansehen des deutschen Reiches verkündigt.

Da endlich tauchten im Osten Rauchsäulen auf, bald stand die Schiffe erkennbar, und bald bog das ganze Geschwader, aus den drei Schiffen "Adalbert", "Moltke" und "Gneisenau" bestehend, unter dem Kommando des Kontr admirals v. Kall, in die San Remoneser Bucht ein. Lang-

nahme der rein deutschen Anstalten, in den unteren Klassen von Sexta bis Tertia einschließlich gar kein katholischer Religionsunterricht mehr ertheilt wurde. Um hierin Wandel zu schaffen, hat sich nun der jetzige Oberhaupt der Posener Erzdiözese, obwohl schweren Herzens, entschlossen, die Anordnungen seines Vorgängers umzustossen und, im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten, Folgendes zu bestimmen:

1) Der Religionsunterricht wird auf allen Klassen der höheren Lehranstalten der Erzdiözesen Gnesen und Posen in deutscher Sprache ertheilt;

2) auf allen Klassen von Sexta bis Quarta einschließlich, also auf Sexta, Quinta und Quarta, wird bei der Unterweisung der polnischen Schüler die aushilfswise Anwendung der polnischen Muttersprache zur Vermittelung des Verständnisses, soweit dieses erforderlich, zugelassen und gestattet;

3) in der Tertia wird der Religionsunterricht unter derselben Voraussetzung ertheilt, wie solcher gegenwärtig in der Prima und Sekunda unbekannter ertheilt wird;

4) der Memorirkost wird nur in deutscher Sprache gelernt.

Die strenge Durchführung des deutschen Religionsunterrichts, an der nach diesem erzbischöflichen Erlass nicht gezwungen werden kann, ist ein schwerer Schlag für das Polenland, das seine Hoffnungen vergeblich auf die direkte oder indirekte Hilfe des neuen Erzbischofs gesetzt hat.

Der Ausschuss der Spiritusfabrikanten Deutschlands beschloss heute die Bildung einer Spirituskommissionbank, welche behufs Beseitigung der leichten Zersplitterung im Spiritusverkaufsgeschäft einen einheitlichen Verkauf im Inlande und im Auslande kommissionsweise für Rechnung der Brenner besorgen soll.

Wie man hört, ist für die unter preußischer Verwaltung stehenden Eisenbahnen jetzt angeordnet worden, daß zur Einführung der einheitlichen Heizweise für die Personenzüge sämtliche Personenwagen der Hauptbahnstrecken zur Dampfheizung eingerichtet werden sollen. Für die Umänderung ist jedoch ein langer Zeitraum mehrerer Jahre erforderlich, doch wird die Dampfheiz-Einrichtung jedenfalls bei verhältnismäßig geringen Betriebskosten eine gute Heizwirkung haben, zumal eine besondere Hebelvorrichtung es den Reisenden möglich machen wird, den Wärmegehalt in den Wagenabteilungen zu regulieren. Auf den Nebenbahnen werden jedoch die bisherigen Heizeinrichtungen der Wagen beibehalten.

Ueber das Ergebnis des Zarenbesuchs verbreitet sich nunmehr ein vor etwa acht Tagen versandtes russisches Rundschreiben an die Vertreter Russlands bei den Großmächten. Dasselbe hebt drei Punkte besonders hervor: erstens, daß Fürst Bismarck und Kaiser Alexander nach Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse in der Lage gewesen seien, daß kein Grund zu einem Brüche zwischen Deutschland und Russland vorliege, zweitens, daß Fürst Bismarck erklärt habe, in den bulgarischen Angelegenheiten die vollständige Neutralität innehalten zu wollen, drittens, aus der Unterredung habe sich ergeben, daß alle Misverständnisse auf die feindselige Sprache der Presse beider Länder zurückzuführen seien; beiderseits habe man sich das Versprechen gegeben, auf die Haltung der offiziösen Presse mäßigend einzutreten. Bezeichnender als die Punkte, welche das Rundschreiben erwähnt, sind gewiß jene, welche es vorsichtig verschweigt. So ist keine Rede von den gefälschten Aktenstücken, welche dem Zaren in Kopenhagen durch hochstehende Persönlichkeiten in die Hände gespielt wurden und welche ihn in ebenso hohem Grade gegen die Politik des Fürsten Bismarck verbierten, wie etwa der Verkehr mit der osmanistischen Prinzessin Walbamar, welche ja sein besonderes Wohlgefallen fand. Und auch darüber gleitet das russische Rundschreiben mit einem vielsagenden Schweigen hinweg, daß Fürst Bismarck sich für verpflichtet erachtete, dem Zaren offen zu erklären, daß im Fall eines Angriffs auf Österreich für Deutschland der Bündnisfall eintrete. Ob man durch die Truppenanhäufungen an der österreichischen Grenze diese Schwierigkeit umgehen und Österreich zum Angriff reizen will oder ob man Österreich lediglich für ein Einlenken in der bulgarischen Frage würde machen will, ist zur Zeit noch unklar. In Russland stellt man sich auf den Standpunkt, man wolle lediglich durch diese Vorarbeiten die Nachtheile ausgleichen, mit welchen Russland in seiner gewaltigen Ausdehnung zu kämpfen habe. Jedenfalls verdienen diese auffallenden Vorgänge weit mehr Beachtung und Nachachtung, als sie in den optimistischen Kreisen Österreichs bisher gefunden haben.

Die deutsche Sprache hat zu Washington einen großen Erfolg zu verzeichnen. Durch Beschluss des Schulrats wurde an der dortigen öffentlichen Hochschule der deutsche Unterricht eingeführt. Diesem Beispiel folgten die Privatschulen. Leider muß hierbei wieder einmal die grenzenlose Gleichgültigkeit der Deutschen für ihre eigene Muttersprache festgestellt werden, da die eifrigsten Besucher des deutschen Sprachunterrichts fast ausschließlich Anglo-Amerikaner sind. Nur sehr wenige deutsche Kinder nehmen am Unterrichte teil. „Nicht“, so schreibt ein deutsch-amerikanisches Blatt, „weil sie ihn nicht nötig haben, denn sie sprechen nur in wenigen Fällen deutsch und dann gewöhnlich schrecklich ungrammatikalisch.“

Ausland.

Paris, 5. Dezember. Auch heute noch fällt

Republikaner sich selbst ob der auf dem Kongress bewährten Weisheit und dem Präsidenten Carnot ob seiner vortrefflichen Eigenschaften singen. Noch mehr als gestern wird hervorgehoben, daß gerade Carnot der Mann sei, der für die Lage passe, und angesichts dieser bewundernswerten Übereinstimmung fragt sich der kluge Beobachter nicht ohne Staunen, wie es nur möglich war, daß Carnot erst jetzt „entdeckt“ worden ist. Carnot selbst hat sich sehr hoffnungsfreudig ausgesprochen: nach den bellagiosen Werken der letzten Zeit werde nun ein glücklicher Zeittabschnitt für Frankreich beginnen und die Republikaner würden die innere Zwietracht vergessen, eiumütig an dem großen Werke republikanischer Eintracht arbeiten und in Zukunft eine große Familie bilden. Man möchte glauben, daß Herr Carnot diese Hoffnung mehr der Form halber als mit innerer Überzeugung ausgesprochen hat, denn man kann sich nicht recht vorstellen, wie Ferry und Rochefort, Clemenceau und Ribot, Jules Simon und Michelin eine „große Familie“ bilden sollen, es sei denn, daß man eine Familie im Auge hat, deren Mitglieder sich mit besonderem Haß gegenseitig zerstören. Solche Familien gibt es ja auch, und der Haß unter Verwandten soll sogar viel stärker und erbittert sein als unter Freunden. Es spricht denn auch recht viel dafür, daß die obengenannten Politiker, wenn man sie zusammenperren wollte, das bilden würden, was in volksthümlicher Redeweise „eine angenehme Familie“ genannt wird. Einige Zeit wird es ja wohl leidlich gehen, denn die Allii. verzehrende Politik pflegt immer neuen Regierungen eine gewisse Schonzeit zu gewähren. Es kommt hinzu, daß man an Aufregungen, Krisen, Skandalgeschichten in leichter Zeit so überzeugt gehabt, daß man sich nach etwas Ruhe sehnt, sei es auch nur, um dann wieder desto kräftiger einzehen zu können. Im Übrigen darf nicht übersehen werden, daß Carnot und sein noch ungebogenes Ministerium in den noch nicht erledigten Untersuchungen Wilson, Lamoignon, Caffarel u. s. w. eine recht häßliche Erbschaft übernommen haben. Auch der parlamentarische Untersuchungsausschuss wird noch Bericht zu erstatten und der Kammer mitzutheilen haben, daß er zwar mit Elfer und Freude wochenlang in Schmuz herumgewühlt, aber nichts recht Greifbares zu Tage gefördert hat. Wenn es noch möglich wäre, würde man jetzt am liebsten über alle diese Geschichten den Schleier der Vergessenheit decken. Der rasende Sturm hat sein Opfer gehabt, sogar mehrere, auch ist Deux, die aus der Politik ein Handelsgeschäft machen wollten, eine sehr harte Lehre ertheilt worden, welche sie entweder zur Umkehr oder zu — größerer Vorsicht bewegen wird. Vor der Größe der Katastrophe, die den Präsidenten Grey niederriss und die Republik selbst einen Augenblick zu gefährden schien, sind die kleinen Gestalten der Wilson, Caffarel, Andlau in den Hintergrund getreten und in eine gewisse Vergessenheit gerathen. Auf wie lange? Wer möchte wagen, das in Frankreich zu entscheiden! Am besten wäre es wohl, wenn man noch rasch auf 2-3 Monate ein vorläufiges Budget bewilligen ließe, alsdann das Parlament schenkt nach Hause schlägt und in seiner Abwesenheit die Skandalgeschichten liquidirt. Jedenfalls sollte man sie nicht ins neue Jahr hinzuschlagen.

Der Rechten schaut doch nachgerade ein Licht darüber aufzugehen, daß ihre auf dem Kongress befolgte Taktik eine arge Thorheit gewesen ist. Zwar widerstrebt, aber nicht minder bezeichnend geben die Hauptblätter heute zu, daß das Ergebnis des Kongresses weder den Plänen noch der Machtstellung der Monarchisten entspricht und daß abermals eine günstige Gelegenheit verpaßt ist.

London, 6. Dezember. Die Kommission der Zuckerkonferenz zur Beratung der Frage betreffend die Raftinerie in den Lägern hielt heute eine fünfstündige Sitzung. Da indes der Bericht der Kommission noch nicht fertig gestellt ist, so ist die auf morgen außerordentliche Plenarversammlung bis nach Ausarbeitung des Berichts vertagt worden. Die Kommission wird morgen wieder zusammentreten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. Dezember. Hinsichtlich der Beitreibung rückständiger Beiträge gemäß § 74 des Unfall-Versicherungsgesetzes hat das Reichs-Versicherungsamt unter dem 8. Oktober 1887 ausgeführt, daß den mit der Beitreibung der Gemeinde-Abgaben betrauten Behörden die Verpflichtung auferlegt ist, im Interesse der Berufs-Genossenschaften das Beitreibungs-Berfahren so zu handhaben, daß — soweit nicht etwa das Unvermögen des Schuldners entgegensteht — die Berufs-Genossenschaft in den Besitz des ihr zustehenden vollen Beitrages, ohne irgend einen Abzug an Hebegebühren, Sporteln oder vergleichen, gezeigt wird. Soweit einer Berufs-Genossenschaft derartige Abzüge gemacht werden, muß dem Vorstande überlassen werden, sich an die der Vollstreckungs-Behörde vorgesetzte Landes-Behörde zu wenden.

Die seit 14. Oktober auf 6 Tagesstunden verarbeitete Frist für die Be- und Entladung offener Güterwagen im Bezirk der königlichen Eisenbahn-Direktion Berlin wird von heute ab wieder auf 12 Tagesstunden verlängert.

Der Verwaltungsvertrag ist nach dem preußischen Allg. Landrecht ein aus Vollmachten und Verwaltungsvertrag, meistens auch nach Dienstmetthe gemischter Vertrag, bei welchem jedoch der Charakter des Vollmachtvertrags der

Vollmächtigung entspringende Befugniß des Verwalters zur Vertretung des Prinzipals gegenüber dritten ein wesentliches Element dieses Vertragsverhältnisses. Der Umfang desselben hängt zwar in jedem Einzelfall von der Vereinbarung der Kontrahenten ab; fehlt es aber an solcher, so treten die bezüglichen Vorschriften des Gesetzes ergänzend ein, wonach die Bevollmächtigung des Verwalters sich präsumtiv auf alle in den Kreis der ordentlichen Verwaltung fallenden Angelegenheiten erstreckt, und dem Verwalter nur einige für den Prinzipal besonders präjudizialer Geschäfte in Erwaltung spezieller Erwähnung des Prinzipals unterstellt sind. Letzteres gilt auch im Falle der uneingeschränkten Übertragung der Verwaltung. (Urteil des Reichsgerichts 4. Sitzung, vom 4. Juli 1887.)

Das Reichsgericht hat bezüglich polizeilicher Festnahmen eine wichtige Entscheidung getroffen. In einem Urteil vom 23. September 1887 hat es ausgesprochen, daß, wenn ein Schuhmann nicht etwa behufs Feststellung einer bereits begangenen strafbaren Handlung, sondern aus der Furcht, daß es zu Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit kommen könnte, zu einer polizeilichen Verwahrung von Personen schreitet, auf eine derartige Festnahme nicht die Bestimmungen des § 128 der Str. Pr. O., sondern lediglich diejenigen des § 6 des preuß. Gesetzes vom 12. Februar 1850 über den Schutz der persönlichen Freiheit Anwendung finden. Die Bestimmung dieses Gesetzes, daß die in Verwahrung genommenen Personen spätestens im Laufe des folgenden Tages in Freiheit zu sehen sind, oder das Erforderliche veranlaßt werden muß, um sie der zuständigen Börse zu überwerthen, bringt bestimmt genug zum Ausdruck, daß, sowie die selbständige Anordnung der Verwahrung von dem pflichtgemäßen Erwachsenen des Beamten in Beziehung auf die Voraussetzungen derselben abhängt, auch in Beziehung auf die Fortdauer nicht die bloße Willkür, sondern nur Erwägungen, welche sich auf die Notwendigkeit fernerer Aufrechterhaltung der Maßregel beziehen, innerhalb der gestellten Frist bis zum folgenden Tage entscheiden können und der Beamte ungesetzlich handelt, wenn er, so lange nicht etwa diese Pflicht der Erwähnung nach der Dienstordnung auf einen überordneten Beamten übergegangen ist, die Freiheitsentziehung fortduern läßt, obschon er sich überzeugt hält, daß dieselbe von vorn herein auf einem thatsächlichen oder rechtlichen Missverständnisse beruhe oder der Grund für deren Anordnung mittlerweile hinweggefallen sei. Um die einmal getroffene polizeiliche Verwahrung von Seiten eines dagegen an und für sich verursachten Polizeibeamten bis zu einer etw. langen Entscheidung eines Vorgesetzten oder der Behörde, an welche der Ergriffene nach Ablauf des folgenden Tages abzugeben sein würde, unabänderlich zu machen, würde es besonderer Vorschriften bedürfen; über die Existenz von letzteren ist nichts behauptet und nichts ersichtlich.

Die Regierung in Düsseldorf hat eine auch anderwärts wohl zu beachtende Verfügung gegen die Ausbreitung ansteckender Krankheiten erlassen. Darnach kommen bei letzteren nicht selten Fälle so leichter Erkrankung vor, daß dieselben weder von den Eltern noch von den Kindern selbst beachtet werden und sogar völlig unerkannt verlaufen. Durch Übertragung des Krankheitskeims auf Personen aber, welche zu dessen Entwicklung in höherem Grade geneigt sind, entstehen oft die schwersten Erkrankungen. Deshalb sollen die Lehrer, Anstaltsvorsteher u. s. w. der Gesundheit der Kinder erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und Krankheitsverdächtige Kinder vom Schulbesuch ausschließen. Diese Aufmerksamkeit erstreckt sich im allgemeinen auf jede Veränderung im ganzen Wesen des Kindes, einschließlich nicht wahrgenommene und auf andere Rückstufen nicht zurückzuführende Müdigkeit, Unlust und Unaufmerksamkeit, auf Frösteln oder Hitze, Kopf-, Rücken- oder Gliederschmerzen. Besonders sei zu achten bei Cholera, Ruhr oder Unterleibstypus auf leichtere Durchfälle oder Magenbeschwerden; bei Scharlach und Diphtherie, wenn sie als Volkskrankheiten auftreten, auf Schlingbeschwerden oder Halsbeschwerden, bei Malaria auf Hühnchen, Schnupfen, Niesen, Lässichau, Thränen u. s. w., bei allen Ausschlagskrankheiten auf Flecken an sichtbaren Stellen. Ein Kind, an welchem solche Erscheinungen wahrgenommen werden, ist für einige Tage, unter Mitteilung des Gründes an die Eltern, vom Schulbesuch auszuschließen und darf nur mit ärztlicher Bescheinigung zu derselben wieder zugelassen werden. Die Polizeibehörden sollen streng darüber wachen, daß jede Zusammenkunft fremder Personen bei an ansteckenden Krankheiten Verboten verhindern werde, sodaß nur Familienangehörige sich in der Wohnung versammeln, die Ansammlung des Leichengefolges in der Wohnung wie das Singen am offenen Grabe unterbleiben. Sterbewohnungen sollen weder von Lehrern noch von Schülern betreten werden.

Die bisher dem Apotheker Dr. Ad. Zeeben gehörige Apotheke „Zum Greif“, Lindenstraße 30, ist für den Preis von 600,000 Mark an den Apotheker Meier, zuletzt in Berlin beschäftigt, verkauft. Vor 5 Jahren ging diese Apotheke aus dem Besitz des Herrn Königlichen Medizinal-Assessors Marquardt, der die Konzession (natürlich kostenlos) erhalten und für das Grundstück ca. 150,000 Mark bezahlt hatte, für den Preis von 520,000 Mark in den Besitz des Herrn Dr. Zeeben über.

die Küchenmühle veranstaltete Bazar hat einen Nettovertrag von über 1900 Mark ergeben.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Gastspiel der Frau Amalie Joachim. „Orpheus und Eurydice“.

Vermischte Nachrichten.

Als Gegenstück zur Belebung der Galathaea wird jetzt in der Passage zu Berlin, gegenüber dem Kaiser-Panorama, eine neue „Illustration“ oder, wie es der Unternehmer nennt, ein anderes „sensationelles Schaustück“ gezeigt, nämlich die „Voreley, wirklich lebende Wellen-Nixe, hilf schönes Weib, halb Fisch, rätselhaft, stets unter dem Wasser lebend, atmend, sprechend.“ In einem verdunkelten kleinen Zimmer stehend, sieht man — nachdem eine Dame vorher in einem kurzen Vortrage erklärt hat, daß die Loreley halb Weib, halb Fisch, Menschen in die Tiefe hinabziehe und daß Alles auf Illusion beruhe — einen, auf 6 Füßen stehenden, anscheinengen Glaskasten mit Wasser, Fische schwimmen darin herum, und in seiner Mitte zeigt sich ein rätselhaftes Etwas. Auf den Ruf: „Loreley erwache“, wird es hell und im Kasten sitzt oder befindet sich in stehender Stellung der unbekleidete Oberkörper eines Mädchens, das von dem bekannten „goldenen Haar“ umflutet wird und die unvermeidliche Leiter schwingt. Nicht ganz so schön, wie Heine's Loreley, auf der letzten akademischen Kunstausstellung zu Berlin, vermag sie, wenn auch nicht ein wunderbares Lied zu singen, so doch wenigstens drei Fragen der Erklärerin zu beantworten und sich zu bewegen, zum Zeichen, daß sie wirklich in Fleisch und Blut lebe. Dann verfällt sie wieder auf Befehl, das Zimmer hell, und die Bühne wird dunkel, nachdem sie annähernd sechs Minuten gedauert hat.

(Starke Diagnose.) „Mein lieber Freund, beruhige Dich! Deine Krankheit ist weiter nichts als eine vollständige Trägheit Deiner Glieder durch überangestragtes Nichtstun.“

Berantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Bromberg, 7. Dezember. Bei der heutigen Erwahlung eines Landtags-Abgeordneten für den Wahlkreis Czarnikau-Hilchau-Kolmar sind insgesamt 418 Stimmen abgegeben worden. Davon erhielt Landrat von Schwicow (kons.) 353 und Probst Gajowski (pole) 65 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

München, 7. Dezember. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurden vom Staatsminister von Grallsheim mehrere Gesetzentwürfe über den Bau von Eisenbahnen eingereicht. Unter denselben befinden sich Vorlagen wegen Ausführung von 11 Lokalbahnen mit einem Erforderniß von 10½ Millionen Mark, sowie wegen Bahnabschlägen von Bahnhofsgebäuden in Regensburg, Kulmbach, Würzburg, Neu-Ulm, Landau, Neustadt i. Pf. mit einem Erforderniß von 6½ Millionen. Die Gesetzentwürfe wurden an die Ausschüsse verwiesen.

Wien, 7. Dezember. Die öffentliche Meinung ist durch die Besprechungen der russischen Militär-Maßnahmen sehr erregt; das Vertrauen auf die Beseitigung der Gefahr durch die Friedensliga ist aber unsicher.

Wien, 7. Dezember. Direkte Erfundungen ergeben, daß die von Berlin hierher gelangte Nachricht, Deutschland und Österreich wollten eine diplomatische Anfrage wegen der russischen Kriegsvoorbereihungen nach Petersburg richten, in dieser Form nicht richtig sein kann. So weit sind die Dinge vorerst noch nicht gediehen. Sollte ein solcher Schritt weiterhin unvermeidlich werden, so würde derselbe zunächst keinenfalls in offiziöser Form erfolgen, da Deutschland und Österreich nach wie vor den Frieden anstreben und Niemand provozieren oder brüskieren wollen.

Wien, 7. Dezember. Der gestern hier eingetroffene Erzherzog Albrecht besuchte heute das auswärtige Amt und konferierte mit dem Grafen Kalnay.

Brüssel, 7. Dezember. Nach Pariser Nachrichten empfing Carnot ein Glückwunsch-Telegramm des Kaisers von Russland.

Grey läßt unter dem Titel „Memoiren eines Präsidenten“ seine persönlichen Aufzeichnungen anklängen.

Die Meldungen der „Post“ über russische Truppen-Anhäufungen erregen eine starke Beunruhigung.

Rom, 7. Dezember. In Spezia fanden gestern Schießversuche statt mit der 100 Tonnen-Kanone von Armstrong gegen den in Terni hergestellten, für Kriegsschiffe bestimmten Panzer von 48 Centimeter Dicke. Die Geschosse drangen trotz ihrer ungeheuren Kraft, welche sonst Panzer von 62 Centimeter gänzlich durchbohrt, bloss 15 Centimeter tief ein und wurden ihrerseits völlig zertrümmert, während der Panzer nur wenige Risse zeigte. Die Kommission erklärte, diese Widerstandsfähigkeit übertrreffe alle bisher im Auslande konstruierten Schiffspanzer.

Wasserstands-Bericht.

Oder bei Breslau, 6. Dezember 12 Uhr Mittags, Unterwegs + 0,31 Meter. — Elbe bei Dresden 6. Dezember 1,27 Meter unter Null. — Magdeburg, 5. Dezember, 1,00 Meter über Null. — Warthe bei Posen, 6. De-